

### Kriegerheimstätten und Kleinwohnungsbau.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages hielt am Dienstag eine allgemeine Aussprache über die von den Fraktionen vorgelegten Anträge. Diese beziehen sich auf Errichtung von Kriegerheimstätten, auf Kleinwohnungsbau, auf Geld- und Kreditbeschaffung und auf das Erbbaurecht.

Ein Zentrumredner erklärte, die Bauaktivität stode seit längerer Zeit, und es sei zu befürchten, daß daraus Wohnungsnot für die Minderbemittelten entstehe. Es seien deshalb Vereine und Organisationen, die die Förderung des Kleinwohnungsbauwesens bezweckten, durch Reichsmittel zu unterstützen. Der Reichswohnungsfürsorgefonds solle auch den Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen dienlich gemacht werden. — Ein sozialdemokratischer Abgeordneter glaubte, wie bei den früheren Beratungen, solle der Ausschuß sich auch diesmal auf bestimmte Zeitsätze einigen. — Ein Mitglied der wirtschaftlichen Vereinigung stimmte dem zu. Es solle zunächst im Etat eine erweiterte Position eingelegt und die Bodenspekulation verhindert werden. — Ein nationalliberaler Redner warf die Kompetenzfrage auf und glaubte, das Reichswirtschaftsgesetz könne erweitert werden. Die den Hausbesitz betreffenden Fragen seien gesondert zu beraten. — Ein Regierungsvertreter erwiderte: Es handelt sich bei der Wohnungsfrage um eines der größten volkswirtschaftlichen Probleme. Es sei anzunehmen, daß nach dem Kriege Mangel an Kleinwohnungen hier und da bestehe. Das Verhandlungsergebnis über die Kredit- und Hypotheken-Reform werde in etwa sechs Wochen wohl vorgelegt werden können. Hinsichtlich der Bereitstellung von Geldmitteln durch das Reich werde man die Erwartungen nicht hoch spannen dürfen. — Ein konservativer Redner betont, man müsse praktische Arbeit leisten. Die Heimstättenfrage sei auch eine Frage der Ansiedelung auf dem Lande. — Ein Mitglied der Fortschrittspartei glaubte, daß ohne Staatshilfe die Wohnungsfrage nicht gelöst werden könne. Dem Antrage des Zentrums, zunächst im Etat als außerordentliche Ausgabe von 120 000 Mk. zur Unterstützung von Vereinen einzustellen, könne er deshalb zustimmen.

Nach längerer Erörterung wurde ein kombinierter Antrag einstimmig angenommen, der die Regierungen ersucht, im nächsten Etat als regelmäßige Ausgabe 30 000 Mark zur Unterstützung von Vereinigungen, die allgemein die Förderung des Kleinwohnungsbauwesens bezwecken, einzustellen.

Hierauf wurde nach Beratung eines sozialdemokratischen Antrages, der u. a. die Fonds auch für gemeinnützige Baugesellschaften und für private Erbauer von Kleinwohnungen verwandt wissen will, die Beratung abgebrochen.